NIEDERSCHRIFT Rat/032/2008

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 11.12.2008 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Thomas Hagemann
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Frau Gabriele Mönning
Herr Peter Nowak
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Simon Drows
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr André Heßling
Herr Martin Pfeiffer

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer

:

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Frau Dirks schlägt vor, die Bürgeranregungen (TOP 26. – 29. ö. S.) in der Beratung vorzuziehen, damit die erschienenen Bürger nicht die Beratung der vorhergehenden Tagesordnungspunkte abwarten müssten.

Herr Schlieker stellt im Hinblick auf die umfangreiche Tagesordnung mit insgesamt 43 Punkten den Antrag, für die heutige Beratung ein Zeitlimit zu setzen und die nicht zur Beratung kommenden Tagesordnungspunkte auf einen Termin in der nächsten Woche zu vertagen. Zur Begründung führt er aus, dass man den einzelnen Themen nicht gerecht werden könne, wenn die Tagesordnung heute komplett beraten würde.

Frau Dirks bestätigt, dass die heutige Tagesordnung sehr umfangreich sei und weist darauf hin, dass aber einige Tagesordnungspunkte ausführlich und einige in mehreren Sitzungen vorberaten wurden. Wenn dem Antrag gefolgt werde, müsste darauf geachtet werden, dass bestimmte Punkte heute beschlossen werden müssen.

Herr Nowak unterstützt den Antrag von Herrn Schlieker und äußert Kritik an der Bürgermeisterin im Hinblick auf die Sitzungsterminierung. Bei der Fülle der zur Beratung anstehenden Punkte müsse häufiger getagt werden. Bereits die letzte HFA-Sitzung sei wegen ihres Umfangs fast eine Zumutung gewesen.

Frau Dirks gibt zu, dass die HFA-Sitzung sehr umfangreich gewesen sei. Sie bittet aber zu berücksichtigen, dass die Beratungsdauer oder wiederholter Beratungsbedarf nicht immer im Voraus abzusehen sei und auch nicht kalkuliert werden könne. Außerdem seien in der Vergangenheit auf Nachfrage oder bei Bedarf immer Sitzungen eingeschoben worden.

Herr Schlieker schlägt vor, heute bis 21:00 Uhr zu beraten und die restlichen Beratungspunkte auf Dienstag kommender Woche zu vertagen.

Frau Mönning unterstreicht ebenfalls, dass viel zu selten getagt werde und dies immer wieder von Seiten der SPD-Fraktion angemahnt wurde. Im Übrigen gebe es die Festlegung, dass Sitzungen längstens bis 21:00 Uhr dauern sollen, hieran halte man sich aber nicht.

Herr Fehmer schlägt vor, heute bis 20:30 Uhr zu tagen und dann zu sehen, welche Tagesordnungspunkte noch beschlossen werden müssen.

Frau Dirks lässt über den Antrag des Herrn Schlieker und ihren Vorschlag, die Bürgeranregungen an den Anfang der Tagesordnung zu setzen abstimmen. Dem wird **einstimmig** gefolgt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. **Anregung der Partei SG gem. § 24 GO NW vom 16.10.2008
hier: Gründung einer Infrastrukturgesellschaft**

Frau Dirks weist darauf hin, dass mit der Kommunalaufsicht abgestimmt sei, was öffentlich und was nichtöffentlich zu beraten ist. Außerdem sei festgelegt worden, nach der Beschlussfassung in einem Pressegespräch über die Inhalte zu berichten.

Herr Fehmer sieht keine Notwendigkeit, die Angelegenheit zu vertagen und heute nicht zu beschließen. In den Vorberatungen habe man sich mit allen Fragen intensiv beschäftigt. Er stellt den Antrag, die Anregung abzulehnen.

Herr Nowak unterstützt den Antrag. Die Anregung komme zum jetzigen Zeitpunkt viel zu spät. Es sei beraten und intensiv auch unter Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes diskutiert worden. Er glaube, dass viele Ratsmitglieder in einigen Punkten Probleme hatten zu folgen. Die Thematik sei schwierig genug; diese den Bürgern aufzulisten, halte er für den falschen Weg. Außerdem sei die Rechtslage eindeutig, wonach nicht alles öffentlich beraten werden könne. Heute sollte abschließend über die Gründung der Infrastrukturgesellschaft entschieden werden.

Herr Schlieker ist der Meinung, dass die Öffentlichkeit an diesem Thema zu wenig beteiligt werden konnte. Deshalb regt er an, nach der Beschlussfassung eine Veranstaltung zu dem Thema zu initiieren.

Frau Dirks lässt über den Antrag des Herrn Fehmer, die Bürgeranregung zurückzuweisen, abstimmen. Dem Antrag wird **einstimmig** gefolgt.

3. **Anregung der Nachbarn "Gantweg" gem. § 24 GO NW vom 25.11.2008**

hier: Neubau Radweges an der Landstraße Billerbeck-Darfeld

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Stadt nicht Planungsträger ist und schlägt vor, die Anregung an den Fachausschuss zu verweisen. Diesem Vorschlag wird **einstimmig** gefolgt.

4. **Anregung des Herrn Klaus Richter gem. § 24 GO NW vom 12.11.2008
hier: Intensivtierhaltung in Billerbeck**

Herr Richter erläutert seine Anregung und begründet diese. Auf die der Einladung zu dieser Sitzung beigefügte Anregung wird verwiesen.

Herr Dittrich führt zu der Anregung von Herrn Richter aus, dass die SPD-Fraktion im September d. J. im Rahmen einer Informationsveranstaltung auf den massiven Anstieg von Massentierhaltungsanlagen in Form von Hähnchenmastställen und Legehennenanlagen auf Billerbecker Gebiet hingewiesen habe. Sie seien froh, dass die gesundheitlichen Bedenken und die weiteren negativen Folgen durch die Bürgerschaft in Form der Gründung der jetzt bestehenden Bürgerinitiative aufgenommen wurden. Ferner begrüßten sie die nunmehr vorliegende Anregung nach § 24 GO und unterstützten ausdrücklich die Forderung nach einer Erfassung der Gesamtbelastungen durch entsprechende Anlagen. Gesundheitsgefährdungen z. B. durch Ammoniak, Bakterien und Feinstäube sowie Belastungen für das Grundwasser könnten nicht aus wirtschaftlichen Gründen einfach hingegenommen werden. Herr Spandau von der Landwirtschaftskammer NRW habe in seinem Vortrag bei dem kreisweiten Fachgespräch in der vergangenen Woche ganz deutlich gemacht, dass genau das der Grund ist für den Verzicht auf die Nutzung von Filteranlagen. Auf die gravierenden negativen Folgen für die Landschaft und die Region Baumberge wolle er jetzt hier gar nicht weiter eingehen. Das Maß sei voll. Einseitige Lobby-Politik zugunsten weniger Bauherren gewerblicher Massentierhaltungsanlagen und zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung würden sie nicht hinnehmen und die Bürger auch nicht.

Daher stünden sie hinter der Anregung von Herrn Richter und bäten die Ratsmitglieder als für alle Bürger Billerbecks verantwortliche Kommunalpolitiker diese Anregung zur Beratung in den entsprechenden Ausschuss zu verweisen. Darüber hinaus appelliere er an die Ratsmitglieder mit der SPD gemeinsam, z. B. in Form einer Resolution den Landes- und Bundesgesetzgeber aufzufordern, hier klare Regelungen im Sinne der Bürger zu schaffen.

Herr Schlieker macht deutlich, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Anregung unterstützt. Sie hätten von Anfang an die Steuerung durch Aufstellung eines Flächennutzungsplanes gefordert. Nun gehe es nicht mehr ohne, wolle man sich nicht alle Kompetenzen aus der Hand nehmen lassen. Er schlägt ebenfalls vor, die Anregung an den Fachausschuss zu verweisen.

An Herrn Dittrich gerichtet, bringt Herr Schlieker seine Verwunderung über die Haltung der SPD-Fraktion zum Ausdruck. Als das Thema aufgenommen sei, habe Herr Wieling die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes gefordert. Hierüber sei diskutiert worden, der Vorschlag aber schließlich doch verworfen worden. In der Folge hätten Mitglieder der SPD-Fraktion den ein oder anderen Stall mit durchgewunken. Vor diesem Hintergrund finde er es merkwürdig, wenn sich die SPD-Fraktion jetzt an die Spitze der Bewegung stelle.

Herr Dittrich weist die Kritik zurück. Sie hätten am Anfang versucht, die Ansiedlung von Ställen über eine Planung zu regeln. Zu dem Zeitpunkt seien die Anträge aber noch nicht so massiv gewesen. Aus gesundheitlichen und landschaftlichen Aspekten könne man eine Vielzahl solcher Ställe aber nicht hinnehmen. Insofern habe sich die Lage geändert.

Herr Fehmer führt aus, dass die CDU-Fraktion in den zurückliegenden Wochen und Monaten nach verträglichen Lösungsansätzen und einem Miteinander zwischen Landwirten und anderen Bürgern Billerbecks gesucht habe. Dies zeige gerade der Fall Aulendorf, bei dem man sich viel Mühe gegeben habe, um einen besseren Standort zu finden und ein ähnlicher Fall im Bereich Alstätte, wo der Antragsteller auch auf Forderungen eingegangen ist und einen anderen Standort gewählt hat.

Ihnen gehe es nicht darum, sämtliche Bauvorhaben der Landwirte zu verhindern. Die heutigen Landwirte und die nachwachsende Generation brauchten wie alle anderen Betriebe auch Entwicklungsmöglichkeiten. Die Entwicklung müsse aber verträglich sein. Sie würden sich der Diskussion um planerische Steuerungsmöglichkeiten nicht verschließen. Im Bezirksausschuss und bei der beim Kreis stattgefundenen Veranstaltung sei aber aufgezeigt worden, dass die Rechtmäßigkeit auf wackeligen Füßen stehe. Auch bei der Windenergie habe sich erst im Rahmen der Verfahren die Rechtsprechung entwickelt. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es bzgl. der Hähnchenmastställe noch keine Rechtssicherheit. Das mache es für alle schwierig, damit umzugehen. Bis jetzt habe man sich mit Einzelfalllösungen zufrieden geben müssen. Er glaube, dass die Standorte zum großen Teil verträglich sind, wenn man davon ausgehe, dass der Stall in Aulendorf nicht verwirklicht wird. Weil dem Ganzen eine umfangreiche Rechtsmaterie zugrunde liege, mache es nach seiner Meinung Sinn, die Anregung des Herrn Richter und die Anregung der Landwirtschaftlichen Ortsvereine Billerbeck und Beerlage an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen, damit die Sache dort aufgearbeitet und nach Möglichkeiten gesucht wird, mit denen alle Beteiligten leben können.

Herr Nowak entgegnet auf die Äußerung des Herrn Schlieker, dass sich die SPD-Fraktion an die Speerspitze der Bewegung setze, dass die SPD-Fraktion die Spitze des Speeres sei. Er erinnere an die von der SPD-Fraktion organisierte Veranstaltung in diesem Raum und an das was sich bisher in der Stadt getan habe. Wenn man also fair damit umgehe, müsse man das sagen dürfen.

Es sei gut, dass seitens der CDU-Fraktion eine Verweisung an die Ausschüsse mitgetragen werde, so Herr Dittrich. Das Thema sei zu wichtig. Herr Dittrich betont noch einmal, dass die SPD-Fraktion nicht generell gegen die landwirtschaftliche Entwicklung sei, wenn es aber um die Gesundheit der Bürger gehe, müsse diskutiert werden.

Herr Nowak fordert die Bürgermeisterin auf, zu dem Thema Stellung zu beziehen.

Daraufhin führt Frau Dirks aus, dass sie immer deutlich gesagt habe, dass Billerbeck eine Stadt sei, die Erholungsort ist, aber auch von Landwirtschaft geprägt ist. Den Landwirten müsse die Möglichkeit gegeben werden zu investieren. Den Weg, den die CDU-Fraktion damals im Ausschuss beschritten habe, mit den Landwirten gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Stallanlagen möglichst in Hofnähe angesiedelt werden, halte sie für vernünftig. Es sei immer wieder gesagt worden, dass es schwierig ist, die Entwicklung über eine Planung zu steuern. Diesbezüglich habe

es ein Meinungsbild und einen Beschluss gegeben, die Planung nicht weiter zu betreiben. Nun lägen nach dem Vortrag des Rechtsanwaltes neue Erkenntnisse vor, u. a. gebe es ein neues Urteil. Sie würde es sehr begrüßen, wenn eine Planung möglich wäre. Ob es aber dazu komme, müsse man sehen und abwägen. Sie sei nicht komplett gegen Mastställe, man brauche die Landwirtschaft. Sie sehe aber einiges anders als die Bürgerinitiative. Wenn aber in einem Genehmigungsverfahren die beteiligten Fachbehörden einbezogen wurden, müsse man sich auf die Aussagen der Fachbehörden auch verlassen. Das bedeute nicht, dass man das ein oder andere nicht hinterfragen könne. Man dürfe aber nicht die Augen davor verschließen, dass Billerbeck eine landwirtschaftlich geprägte Stadt ist.

Herr Nowak vergleicht die Erklärung der Bürgermeisterin mit einem Zimmer mit 10 Türen, wobei sie noch nicht wisse, aus welcher sie heraus gehe.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Anregung des Herrn Klaus Richter vom 12.11.2008 wird an die Fachausschüsse verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Anregung gem. § 24 GO NW vom 02.12.08 der Landwirtschaftlichen Ortsvereine Billerbeck und Beerlage hier: Viehhaltung in Billerbeck

Frau Dirks schlägt vor, auch diese Anregung in die Fachausschüsse zu verweisen, da dies die logische Konsequenz aus dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt sei.

Herr Fehmer pflichtet dem bei. Die Interessen beider Seiten müssen im Fachausschuss gegeneinander abgewogen werden. Er schlage vor, Vertreter beider Initiativen mit an den Tisch zu holen.

Beschluss:

Die Anregung der Landwirtschaftlichen Ortsvereine Billerbeck und Beerlage vom 02.12.08 wird an die Fachausschüsse verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, Vertreter beider Interessensgruppen zu den Sitzungen einzuladen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Gründung einer Infrastrukturgesellschaft; hier: Netzgesellschaft Billerbeck mbH

Herr Heuermann und Herr Kortmann erklären sich für befangen. Sie begeben sich in den Zuschauerraum und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Nowak weist darauf hin, dass in der Einladung irrtümlich auf die Vorberatung im HFA am 20.11.08 hingewiesen werde, richtig sei aber die Vorberatung in der HFA-Sitzung vom 04.12.08. Er bitte, dieses in der Niederschrift zu berichtigen.

Zu dem Thema habe sich die SPD-Fraktion in den Vorberatungen geäußert, heute sollten nicht alle Wortbeiträge wiederholt werden.

Herr Schlieker möchte dennoch seine Ablehnung zur Gründung der Infrastrukturgesellschaft darlegen. Aus den Verträgen gehe hervor, dass die Infrastrukturgesellschaft auf Profit ausgerichtet ist. Er könne aber nicht akzeptieren, dass Kommunen an ihren Bürgern verdienen. Da der Vertrag über eine Laufzeit von 30 Jahren geschlossen werde, sei er mit Risiken behaftet, weil die fossilen Brennstoffe zu Ende gingen und regenerative Energien in den Vordergrund rückten. Das werde den Markt in den kommenden Jahren durcheinander wirbeln. Regenerative Energien und Ökologie kämen ihm bei der Infrastrukturgesellschaft zu kurz. Hier gehe es ums Geld, alles andere sei Nebensache. Zudem sei nicht vorgesehen, seiner Fraktion Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung einzuräumen. Schließlich glaube er, dass man sich auf etwas einlasse, von dem man nicht wisse, was man da tue. Aus diesen Gründen könne er die Gründung der Gesellschaft nicht mittragen.

Herr Nowak stellt richtig, dass nicht hier über das Stimmrecht der Partei entschieden wurde, sondern das Ergebnis der letzten Kommunalwahl hierfür verantwortlich sei. Im Übrigen sei ihm bereits in der letzten HFA-Sitzung aufgestoßen, dass Herr Schlieker die Bürger weismachen wolle, dass sie abgezockt werden. Das könne er nicht gelten lassen. Mit dem heutigen Beschluss zur Gründung der Netzgesellschaft stelle man den Fuß in die Tür, was nicht nur völlig legitim, sondern auch angebracht sei. Außerdem sei es ihm lieber, wenn die Kommune das Geld im Sack halte, als Privatunternehmen. Den Bürgern werde aber kein zusätzliches Geld aus der Tasche gezogen. Mit der Gesellschaft habe man die Möglichkeit dies zu steuern und Herr Schlieker schüre völlig zu Unrecht Angst bei den Bürgern.

Frau Mönning weist kritisch darauf hin, dass 4 Stromriesen die Preise auf dem Energiemarkt und alles was in Deutschland in Bezug auf Strom passiere, bestimmten. Deren Willkür sei man ausgeliefert. Davon sollte man sich trennen und den Stromriesen Paroli bieten.

Herr Fehmer hält Herrn Schlieker entgegen, dass er offenbar nicht verstanden habe, worum es gehe. Bei der Gründung der Infrastrukturgesellschaft gehe es nämlich in erster Linie um die Netze und die Konzessionen. In diesem Bereich gebe es keine Bürger als Kunden. Welche Sparten gesellschaften letztlich gebildet werden, wisse man heute noch nicht und auch nicht, ob man mitmache. Bis jetzt handele es sich immer noch um eine „Glaubensgemeinschaft“, erst wenn Zahlen vorliegen, könne man endgültige Entscheidungen treffen. Außerdem sei die Gründung der Infrastrukturgesellschaft mit 7 anderen Kommunen ein Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit. Er könne nicht verstehen, dass Herr

Schlieker diesen Schritt nicht mitgehen wolle. Seit der letzten HFA-Sitzung am 04.12.2008 sei er der Meinung, dass es richtig ist, diesen ersten Schritt zu tun.

Herr Schlieker entgegnet, dass er sehr wohl verstanden habe, worum es gehe. Für ihn sprächen aber grundsätzliche Gründe gegen die Infrastrukturgesellschaft. Und selbstverständlich wolle auch er den 4 großen Konzernen die Stirn bieten. Das müsse aber nicht in Billerbeck passieren, sondern auf Landes- oder Bundesebene.

Beschluss:

Der folgende Beschluss ergeht vorbehaltlich der Zustimmung zum Beschluss zu TOP 1 nicht öffentliche Sitzung:

1. Der Gründung einer Netzgesellschaft Billerbeck mbH auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages wird zugestimmt.

2. Auf der Gesellschafterversammlung werden die Rechte der Stadt Billerbeck als Gesellschafterin der Gesellschaft durch die/den Bürgermeister/in sowie 10 aus den Reihen der Mitglieder des Rates der Stadt Billerbeck zu wählenden Ratsmitglieder als Vertreter der alleinigen Gesellschafterin wahrgenommen. Die Besetzung der Gesellschafterversammlung erfolgt entsprechend den für die Besetzung der Ausschüsse der Stadt Billerbeck geltenden Vorschriften. Auf die Gesellschafterversammlung finden die Vorschriften des § 58 Abs. 1 Satz 7 bis 10 GO NW sinngemäß Anwendung, mit der Maßgabe, dass nur Ratsmitglieder für die Gesellschafterversammlung benannt werden können. Entsprechend § 58 Abs. 1 Satz 2 GO NW werden aus den Reihen der Mitglieder des Rates Stellvertreter für die Mitglieder der Gesellschafterversammlung benannt.

3. Die nach Ziffer 2 zu bestellenden Vertreter für die Gesellschafterversammlung werden angewiesen, umgehend die Gründung der Netzgesellschaft Billerbeck mbH vorzunehmen.

4. Die/der Bürgermeister/in wird ermächtigt, bestellte Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung bei der Gründung der Netzgesellschaft Billerbeck mbH sowie bei der Bestellung ihres Geschäftsführers zu vertreten, soweit diese und auch deren persönliche Stellvertreter beim Beurkundungstermin nicht anwesend sind.

5. Für die Willensbildung der Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung gilt die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck in der jeweils gültigen Fassung entsprechend.

6. Als erster Geschäftsführer der Netzgesellschaft Billerbeck mbH soll Stadtoberamtsrat Peter Melzner bestellt werden.

Stimmabgabe: 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

7. Finanzausschussbericht für das Haushaltsjahr 2008

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

Der Finanzausschussbericht wird zur Kenntnis genommen und, soweit noch nicht geschehen, die Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben und der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 82 GO NW alter Fassung erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

8. Bekanntgabe von unerheblichen überplanmäßigen Ausgaben sowie Zustimmung zu erheblichen überplanmäßigen Ausgaben

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

- a) Die unerheblichen überplanmäßigen Ausgaben werden gem. § 82 GO NRW zur Kenntnis genommen, lt. Anlage.
- b) Den erheblichen überplanmäßigen Ausgaben wird gem. § 82 GO NRW zugestimmt, lt. Vorliegender Anlage.

Stimmabgabe: einstimmig

9. Festlegung der Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionen im NKF

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 41 Abs. 1 h) letzter Halbsatz der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, in Verbindung mit § 4 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung, wird die Wertgrenze oberhalb derer die Veranschlagung und Abrechnung von Investitionen im Einzelnen zu erfolgen hat auf 5.000,00 € festgesetzt. Die Regelung ist erstmalig auf den Haushalt 2009 anzuwenden.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2009; hier: Erlass einer Hebesatzsatzung

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

Die Realsteuerhebesätze der Stadt Billerbeck für das Haushaltsjahr 2009 werden ab 1. Januar 2009 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)

192 v. H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)

381 v. H.

Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag

403 v. H.

Die Hebesatzsatzung wird in der der HFA-Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

11. **Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2009**

Der Vorschlag von Frau Dirks, diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit dem folgenden, die Gebührenbedarfsberechnung des Abwasserbetriebes betreffenden zusammen zu beraten, wird von Herrn Dr. Meyring abgelehnt.

Herr Dr. Meyring schlägt vor, dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses nicht zu folgen also den Wirtschaftsplan nicht zu verabschieden. Bekanntlich sei der Betriebsausschuss dem Vorschlag der Betriebsleitung auf Erhöhung der Abwassergebühren nicht gefolgt. Demzufolge würde im allgemeinen Haushalt ein Defizit erzeugt. Das wolle er nicht, vielmehr wolle er einen Wirtschaftsplan, der auskömmlich ist und so aufgestellt ist, dass die bisherigen Gebühren beibehalten werden können. Deshalb schlage er vor, den Wirtschaftsplan zur Beratung an den Betriebsausschuss zurück zu geben bzw. der Betriebsleitung aufzugeben, den Wirtschaftsplan dahingehend zu modifizieren, dass die Gebühren in der jetzigen Höhe belassen werden können.

Zur Begründung führt er aus, dass dem ihm vorliegenden Schreiben der Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld zu entnehmen ist, dass es Möglichkeiten der Modifizierung des Wirtschaftsplanes gibt. Diese Möglichkeiten wolle er aufgezeigt haben. In der Betriebsausschusssitzung hätten Ausschussmitglieder Vorschläge gemacht, um die Gebührenerhöhung zu vermeiden. Herr Hein habe aber immer wieder auf Vorgaben verwiesen, so dass man keine Wahl hatte, hierüber abzustimmen. Nun gebe es neue Aspekte, weshalb erneut im Betriebsausschuss beraten werden müsse.

Wenn auch der Rat heute keine Gebührenerhöhung beschließe, so Herr Hein, gebe es zum 1. Januar 2009 keine neu festgesetzte Gebühr, so dass die bisherigen Gebühren weiter gelten. Daraus folge, dass der allgemeine Haushalt den von vornherein kalkulierten Verlust decken müsse. Da es nach dem Kommunalabgabengesetz jedoch möglich ist, schlage er vor, die Gebührenbedarfsberechnung zu ändern und den Verlust aus 2007 nicht in 2009, sondern erst 2010 einzustellen. Dann müsse keine Gebührenerhöhung vorgenommen werden. Das würde aber im Umkehrschluss bedeuten, dass der Verlust aus 2007 spätestens in 2010 eingestellt werden müsse.

Dadurch ergebe sich, dass der Ratsbeschluss vom 25.09.2008 dahingehend geändert werden müsse, dass die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2007 ausgewiesene Unterdeckung nicht wie beschlossen in 2009, sondern erst 2010 eingestellt wird. Dann könnte die bisherige Schmutzwassergebühr von 2,46 € und Niederschlagswassergebühr von 0,54 € beibehalten werden. Dies müsste sich jedoch schon heute in der Gebührenbedarfsberechnung niederschlagen, damit diese den Vorgaben schon zum Beginn des neuen Kalkulationszeitraumes, also zum 1. Januar 2009 genüge.

Herr Dr. Meyring merkt an, dass es sein Ansinnen gewesen sei, den Wirtschaftsplan an den Betriebsausschuss zurück zu geben. Wenn der Rat heute den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses bestätige, werde es bei den bisherigen Gebühren verbleiben und im Betriebsausschuss werde noch einmal beraten.

Herr Schlieker schließt sich der Auffassung des Herrn Dr. Meyring an und bezieht sich auf die Aussage von Herrn Hein in der letzten Betriebsausschusssitzung, dass es in den letzten Jahren keine Gebührenerhöhungen gegeben habe. Dem halte er entgegen, dass es nicht wahr sei, was Herr Hein in der Sitzung von sich gegeben habe. Das nähere die Skepsis. Von 2005 – 2008 habe es Gebührensteigerungen gegeben. Außerdem weise der Wirtschaftsplan eigentlich ein positives Ergebnis aus, so dass die Gebühren nicht erhöht werden müssten. Weil Herr Hein aber in die Gebührenkalkulation die Verluste aus 2007 eingestellt habe, müssten die Gebühren erhöht werden.

Herr Hein weist darauf hin, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass das ausgewiesene Jahresergebnis nicht die Auflösung der Ertragszuschüsse decke und damit gebührenrechtlich ein Verlust eintrete. Die Auflösung von Baukostenzuschüssen dürfte gebührenrechtlich nicht berücksichtigt werden. Insofern sei die Darstellung des Herrn Schlieker nicht richtig. Zur Niederschrift führt Herr Hein aus, dass er in der Sitzung dargelegt habe, dass der Abwasserbetrieb seit 1995 bis zum heutigen Tage für die Durchschnittsfamilie in Billerbeck entsprechend der Vergleiche des Bundes der Steuerzahler keine Erhöhung der jährlichen Kosten eingetreten ist. Die Verluste aus 2007 seien entsprechend des Ratsbeschlusses in die Kalkulation für 2009 eingestellt worden.

Herr Spengler schlägt ebenfalls vor, die Angelegenheit an den Betriebsausschuss zurück zu geben.

Frau Dirks lässt dann über den eingangs von Herrn Dr. Meyring unterbreiteten Vorschlag, den Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2009 wieder an den Betriebsausschuss zu verweisen, abstimmen.

Dem Antrag wird **einstimmig** gefolgt.

12. **Gebührenbedarfsberechnung des Abwasserbetriebes der Stadt Bill-**

erbeck für das Wirtschaftsjahr 2009**hier: 3. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001**

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Schmutzwasser- und die Niederschlagswassergebühr bleiben in der bisherigen Höhe von 2,46 € bzw. 0,54 € bestehen.

Stimmabgabe: einstimmig

13. Festsetzung der Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck;**hier: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Beiträge (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände**

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck werden 2009 wie folgt festgesetzt:

Steinfurter Aa	12,09 EUR
Steinfurter Aa und Grienbach	3,63 EUR
Obere Berkel	5,55 EUR
Mittlere Berkel	4,05 EUR
Münstersche Aa (Oberlauf)	8,10 EUR
Obere Stever	11,38 EUR

Die 31. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen (Umlage) der Wasser- und Bodenverbände wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Gebührenbedarfsberechnung 2009 für die Abfallbeseitigung einschließlich der 6. Änderung der Gebührensatzung zur Abfallbeseitigungssatzung

Herr Drovs moniert, dass in der Niederschrift über die Umwelt- und Denkmalausschusssitzung seine Äußerung nicht richtig wiedergegeben worden sei, und zwar habe er in der Sitzung angemerkt, dass bei der 240 l Tonne auf den Liter umgerechnet weniger gezahlt werden müsse als bei den kleineren Tonnen, also bei der großen Tonne ein Mengenrabatt gewährt werde. Verwaltungsseitig sei ihm gesagt worden, dass das nicht richtig sei. Als dann mit dem Rechner, der über den Beamer an die Wand geworfen wurde, nachgerechnet wurde, habe sich gezeigt, dass sein Einwand doch richtig gewesen sei. Das sei in der Niederschrift so nicht wiedergegeben worden.

Nach kurzer Erörterung wird einstimmig beschlossen, die Niederschrift entsprechend zu ändern.

Herr Dr. Meyring führt an, dass in der Beratung über die Gebührenbedarfsberechnung auch über die Windeltonne diskutiert worden sei, und zwar gebe es eine Gebührensenkung für die Abfallgebühren allgemein, die Gebühr für die Windeltonne bleibe aber auf gleichem Niveau. Verwaltungsseitig sei darauf hingewiesen worden, dass man die Gebühr für die Windeltonne wegen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bzgl. des Haushaltssicherungskonzeptes lieber nicht anfassen sollte. Nun entnehme er einem Schreiben des Kreises Coesfeld, dass Billerbeck nächstes Jahr kein Haushaltssicherungskonzept mehr aufstellen müsse. Also sei die Vorberatung und Abstimmung unter völlig falschen Vorzeichen erfolgt. Den Ausschussmitgliedern hätten nicht alle Informationen vorgelegen, die hätten vorliegen müssen. Für ihn sei der Beschluss ungültig.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie oder Herr Melzner heute überhaupt noch nicht wüssten, ob Billerbeck im nächsten Jahr noch HSK-Kommune sei, weil es noch keinen Haushaltsplan 2009 gebe. Es handele sich um eine Einschätzung der Kommunalaufsicht, wobei sie nicht nachvollziehen könne, wie diese zu der Einschätzung komme.

Herr Dr. Meyring hält Frau Dirks entgegen, dass sie doch wisse, wie wichtig der CDU-Fraktion die Windeltonne ist. In der Umwelt- und Denkmalausschusssitzung seien die Möglichkeiten, die es gebe, nicht aufgezeigt worden.

Frau Dirks wiederholt noch einmal, dass dem Kämmerer noch keine Zahlen vorliegen und es noch keinen Haushaltsplan 2009 gebe. Die Kommunalaufsicht schein generell davon auszugehen, dass im ersten Jahr nach Einführung des NKF kein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden müsse. Wenn dies im nächsten Jahr tatsächlich der Fall sein sollte, dann könnte über die Windeltonne, ohne die Kommunalaufsicht im Nacken, noch einmal diskutiert werden.

Herr Dr. Meyring stimmt dem mit dem Hinweis zu, dass nicht über kommunale Gebühren entschieden werden könne, wenn noch nicht alle Informationen vorliegen.

Beschluss:

- a) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation für die Gebührenbedarfsberechnung 2007 wird zur Kenntnis genommen und die sich ergebene Überdeckung von rd. 13.155,00 € wird gemäß § 6 Abs. 2 KAG zum Ausgleich in die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2009 einbezogen und damit an die Gebührenpflichtigen weitergegeben.
- b) Die vorliegende Gebührenbedarfsberechnung 2009 wird zur Kenntnis genommen.
- c) Die Abfallbeseitigungsgebühren werden festgesetzt

- a) für ein 80-l-Gefäß für Restmüll bei 4wöchentl. Entleerung auf 174,00 €
- b) für ein 120-l-Gefäß für Restmüll bei 4wöchentl. Entleerung auf 223,80 €
- c) für ein 240-l-Gefäß für Restmüll bei 4wöchentl. Entleerung auf 372,00 €

Die übrigen Festsetzungen der Gebührensatzung einschließlich Windelermäßigungen bleiben unverändert.

- d) Die 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

Stimmabgabe: 21 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

15. Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung 2009 in der Stadt Billerbeck einschließlich 9. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Umwelt- und Denkmalausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

- a) Die vorliegende Gebührenbedarfsberechnung 2009 für die Straßenreinigung wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die Straßenreinigungsgebühren werden auf 1,39 € festgesetzt.
- c) Die 9. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

16. Neufassung der Feuerwehrsatzung

Frau Dirks weist darauf hin, dass der HFA vorberaten aber keinen Beschlussvorschlag unterbreitet habe, weil von der Verwaltung noch Informationen nachgefordert wurden.

Herr Nowak merkt an, dass es sinnvoll und richtig gewesen sei, von der Verwaltung Informationen nachzufordern. Er stelle die Neufassung nicht in Frage. Ihm fehle aber der Glaube daran, dass diese unbedingt noch bis zum Jahresende durchgepaukt werden müsse. Hierüber hätte längst beraten werden können. Der Umgang der Verwaltung mit dem Rat sei nicht in Ordnung. Erst gestern habe er die nachgeforderten Unterlagen, immerhin 20 Seiten, erhalten.

Herr Messing gibt Herrn Nowak Recht, dass die Unterlagen umfangreich gewesen seien. Ihm wäre auch wohler gewesen, wenn die Vorlage be-

reits im Herbst hätte vorgelegt werden können. Dies sei aber zeitlich nicht möglich gewesen. Um Schaden von der Stadt abzuwenden, sollte die Satzung beschlossen werden. Es bestehe doch Einigkeit darüber, dass aufgrund des Urteils reagiert werden müsse. Außerdem habe er bereits darauf hingewiesen, dass sich erst drei Kommunen im Kreis an die Satzungsänderung heran getraut hätten. Er halte es für unverantwortlich, die Entscheidung nochmals in die Zeit zu setzen.

Herr Nowak stellt nochmals fest, dass der Umgang mit dem Rat nicht in Ordnung sei. Im Übrigen wäre eine Entschuldigung angebracht gewesen.

Herr Messing entgegnet, dass er sich entschuldigt habe. Er habe die Sache vorgelegt, um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Herr Fehmer stellt fest, dass in der HFA-Sitzung bereits umfangreich Kritik geübt worden sei und Unterlagen nachgefordert worden seien. Diese lägen jetzt vor.

Herr Schlieker kritisiert ebenfalls die Vorgehensweise der Verwaltung. Er habe erst gestern die Niederschrift über die HFA-Sitzung und die nachgeforderten Unterlagen erhalten.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Feuerwehrsatzung mit der Anlage I (Kostentarife) wird als Satzung beschlossen. Die Satzung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Stimmabgabe: einstimmig

17. Bestimmung der vom Schulträger zu entsendenden Mitglieder in die Schulkonferenzen

Als Vertreter für die Schulkonferenz schlägt Herr Fehmer für die CDU-Fraktion Herrn Krause vor.

Herr Nowak schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Dittrich vor.

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Herr Schlieker Frau Rawe vor.

Herr Fehmer beantragt, Herrn Krause mit Stimmrecht auszustatten.

Herr Nowak ist dagegen der Meinung, dass die Bürgermeisterin das Stimmrecht ausüben sollte. Dieses sollte an das Amt gekoppelt sein.

Herr Schlieker schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Fehmer hält an seinem Antrag fest. Die CDU-Fraktion sei bereits von ihrem ersten Vorschlag, eine Besetzung nach d' Hondt vorzunehmen,

abgerückt. Außerdem hätte er sich gewünscht, dass vorab eine Vorstellung der Bewerber im Schul- und Sportausschuss möglich wäre.

Frau Dirks lässt über das Stimmrecht separat abstimmen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Um nicht in jedem Besetzungsverfahren eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen, werden neben der Bürgermeisterin Herr Krause, Herr Dittrich und Frau Rawe in die Schulkonferenz entsendet.
2. Damit auch die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit haben, neue Schulleiterinnen bzw. Schulleiter kennen zu lernen, sollen sich die gewählten Leiterinnen bzw. Leiter in einer zeitnahen Sitzung nach ihrer Wahl persönlich vorstellen.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Dirks stellt fest, dass zwei verschiedene Anträge vorliegen und lässt über den zuerst gestellten Antrag des Herrn Fehmer, Herrn Krause mit dem Stimmrecht auszustatten, abstimmen.

Beschluss:

Herr Krause wird mit Stimmrecht in die Schulkonferenz entsendet.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

18. Stellungnahme gemäß § 80 Schulgesetz NRW zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl

Frau Dirks berichtet, dass ein Gespräch bei der Bezirksregierung mit Vertretern der beteiligten Gemeinden und einem Vertreter des Ministeriums stattgefunden habe, um zu klären, inwieweit sich die Verweigerung des regionalen Konsenses auswirke und ob der Antrag der Gemeinden Rosendahl und Legden auf Errichtung einer Verbundschule genehmigungsfähig wäre. Dazu habe es keine abschließende Aussage seitens des Ministeriums gegeben. Das Ministerium sage, dass die Entscheidung Ergebnis offen sei.

Herr Fehmer erinnert an die umfangreiche Diskussion im Rat. An den seitens der CDU-Fraktion vorgebrachten Argumenten habe sich nichts geändert. Hieran müsse man festhalten, dafür sei in Billerbecks Schulen in den letzten Jahren zu viel investiert worden.

Herr Dittrich sieht das genauso. Das sei man den Schulen und den Bürgern Billerbecks schuldig.

Beschluss:

An dem Tenor der ersten Stellungnahme vom 15.09.2008 wird festgehalten. Der regionale Konsens wird nicht erteilt, da die Annahmen aus der Machbarkeitsstudie nicht gesichert sind und weiterhin die Städt. Real-

schule Billerbeck ohne die Schülerinnen und Schüler aus Rosendahl-Darfeld nicht mehr gesichert zweizügig wäre.

Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne die gem. § 80 Schulgesetz erforderliche Stellungnahme zu erstellen und entsprechend zu begründen.

Stimmabgabe: einstimmig

19. **Demographiebericht des Kreises Coesfeld - Aktionsplan Demographie**

Frau Mollenhauer merkt an, dass im HFA bereits fraktionsübergreifend Kritik an dem Demographiebericht geübt worden sei. Auch die Verwaltungsvorlage sei gerügt worden, weil ein 39 Seiten umfassender Bericht vorgelegt wurde, ohne dass er aufgearbeitet wurde. Heute sei sie, nachdem sie die Niederschrift gelesen habe, schockiert, dass die Bürgermeisterin gesagt habe, dass verwaltungsseitig kein Anlass gesehen werde, zu einem bestimmten Punkt des Demographieberichtes Stellung zu beziehen und dass in der Verwaltung keine Kapazitäten vorhanden seien, um den umfangreichen Demographiebericht zu lesen.

Frau Dirks erwidert, dass selbstverständlich der Bericht gelesen wurde. Es sei aber angemerkt worden, dass die Verwaltung zu verschiedenen Punkten Stellung beziehen sollte. Daraufhin habe sie gesagt, dass hierfür die Kapazitäten fehlten.

Frau Mollenhauer kritisiert, die kurze Frist, in der zu dem Bericht Stellung bezogen werden soll. Die Verwaltung hätte auch Fristverlängerung beantragen können.

Frau Dirks räumt das ein, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es in der Verwaltung keinen Fachbereich mit dem Aufgabenfeld Demographiebericht gebe und es außerdem keine freien Kapazitäten gebe.

Frau Mollenhauer wiederholt ihre Kritik. Es könne den Politikern nicht zugemutet werden, in einer so kurzen Frist Stellung zu beziehen.

Frau Dirks entgegnet, dass der Bericht vorgelegt wurde, um den Politikern die Möglichkeit zu geben, Stellung zu beziehen und Herr Fehmer habe das in einem Punkt getan.

Herr Nowak merkt ironisch an, dass man ja von der Feststellung des Kreises Coesfeld überrascht worden sei, dass man eine älter werdende Gesellschaft sei. Wichtig sei der Appell an alle Kreistagsmitglieder, dass eine Ausweitung von Stellen nicht mitgetragen werde.

Frau Mönning stellt heraus, dass neben der von Herrn Fehmer angesprochenen Kritik zum Regionalen Bildungsnetzwerk allgemein die Auffassung vertreten wurde, dass es sich bei dem Demographiebericht um eine „Luftnummer“ handele und dass diese Kritik sehr deutlich an den Kreis weiter gegeben werden sollte.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreis die im HFA und Rat geäußerte Kritik zu übermitteln und darauf hinzuweisen, dass seitens der Stadt Billerbeck den Ausführungen zum Regionalen Bildungsnetzwerk nicht zugestimmt wird.

Stimmabgabe: einstimmig

20. Aufstellung des Bebauungsplanes "Weitblick"

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Mit dem Bebauungsplanentwurf wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

21. Projekt Berkelspaziergang

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Umwelt- und Denkmalausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck unterstützt das Projekt des Vereins Berkelspaziergang und übernimmt die Projektträgerschaft. Voraussetzung ist, dass das Projekt für die Stadt Billerbeck kostenneutral ist.

Stimmabgabe: einstimmig

22. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes**hier: Auftrag zur Entwicklung eines neuen Plankonzeptes**

Herr Schlieker bittet darum, das Thema positiv zu betrachten und der Windenergie eine neue Chance zu geben, wobei er den Bereich Osthellermark bezogen auf das Stadtbild für eine Katastrophe halte. Diese von der CDU- und SPD-Fraktion letztlich beschlossene Fläche habe seine Fraktion nicht mitgetragen. Aufgrund des Gerichtsurteils sei diese Fläche aber unvermeidbar und man müsse damit leben.

Frau Mönning betont, dass die SPD-Fraktion die Windenergieanlagen nicht im gesamten Stadtgebiet zulassen wollte, um die negativen Auswirkungen zu vermeiden und weil hierdurch das Landschaftsbild stark beeinträchtigt würde. Dann sei ein Kompromiss gefunden worden, der nicht auf das Wohlwollen aller Bürger gestoßen ist.

Herr Dittrich stellt heraus, dass die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich ge-

gen regenerative Energien sei, sie sich aber darüber im Klaren seien, dass gerade die Windenergie deutliche negative Folgen habe. Insofern sei er froh, den Weg gegangen zu sein, der besser war als der, den andere Kommunen beschritten haben und in denen die negativen Auswirkungen sichtbar seien.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt ein neues Plankonzept zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes zu entwickeln.

Stimmabgabe: einstimmig

23. Einleitung des Vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Darfeld gemäß § 86 Flurbereinigungs-gesetz (FlurbG)

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses und des HFA an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck stimmt der Einleitung des vereinfachten Flurbereinigungs-verfahrens Darfeld zu. Es ist darauf hinzuwirken, dass im Rahmen des Verfahrens möglichst die erforderlichen Flächen für einen Radweg an der Landstraße zwischen Billerbeck und Darfeld gesichert werden.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

24. Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Wochenendplatz Gut Holtmann"

hier: Ergebnis der frühzeitigen Behördenbeteiligung

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bau-ausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Den baurechtlichen Anregungen des Kreises Coesfeld wird wie be-schrieben teilweise gefolgt.
2. Die Forderungen der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld zur Löschwasserversorgung können erfüllt werden. Der Anregung zur Erschließung wird nur bei neuen Bebauungen gefolgt.
3. Die Anregung des Landesbetriebes Wald und Forst wird wie unten beschrieben als Hinweis aufgenommen.
4. Der Entwurf der Neuaufstellung des Bebauungsplanes „Wochen-endplatz Gut Holtmann“ und der Entwurf der Begründung mit Um-weltbericht werden für die Offenlegung gebilligt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung und Umweltbe-richt ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel er-folgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB.

6. Die Beschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen.

Stimmabgabe: einstimmig

25. Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Ferienpark Gut Holtmann" hier: Ergebnis der frühzeitigen Behördenbeteiligung

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

7. Die Anregung des Landesbetriebes Wald und Forst wird wie unten beschrieben als Hinweis aufgenommen.
8. Die Forderung der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld zur Löschwasserversorgung wird erfüllt. Der Anregung zur Erschließung wird nur bei neuen Bebauungen gefolgt.
9. Den baurechtlichen Anregungen des Kreises Coesfeld wird gefolgt.
10. Die Anregung der Bürger und Herrn Holtmanns weiterhin die Verwendung besonders luftverunreinigender Stoffe (Holz und Kohle) zu untersagen, wird als Festsetzung aufgenommen.
11. Der Entwurf der Neuaufstellung des Bebauungsplanes „Ferienpark Gut Holtmann“ und der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht werden für die Offenlegung gebilligt.
12. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung und Umweltbericht ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB.
13. Die Beschlüsse sind ortsüblich bekannt zu machen.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

26. Interkommunale Zusammenarbeit der Baubetriebshöfe der Städte und Gemeinden Havixbeck, Nottuln, Rosendahl und Billerbeck

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den anderen Baumbergegemeinden die vorgelegte Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Stimmabgabe: einstimmig

27. Zentralisierung des Ärzte-Notdienstes und damit verbundene Auswirkungen auf den Apotheken-Notdienst

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des HFA an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck unterstützt den von Herrn Idelmann vorgestellten Antrag der Apotheken-Notdienstgruppe Billerbeck, Havixbeck, Nottuln auf

Änderung der Notdienstregelung.

Stimmabgabe: einstimmig

28. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2008

hier: Aufbau einer Ordnungspartnerschaft

Herr Fehmer führt aus, dass der Antrag der CDU-Fraktion zum Aufbau einer Ordnungspartnerschaft hinreichend begründet und mit konkreten Maßnahmenvorschlägen hinterlegt sei. Nun gehe es darum, diesen Antrag offen und zielführend im zuständigen Ausschuss zu diskutieren und ggf. mit weiteren Ideen auf den Weg zu bringen.

Die CDU habe mit diesem Antrag scheinbar mitten ins Schwarze getroffen. Wie sonst lasse sich die gemeinsame Stellungnahme der SPD und der Bürgermeisterin erklären. In der Stellungnahme werde verharmlosend und lobend dargestellt, dass man ja in diesem Themenfeld tätig werden wolle oder bereits tätig geworden sei. Wenn in Billerbeck die Kriminalitätsrate tatsächlich so gering sei, dann sollte man darüber mehr als glücklich sein. Die Frage sei dann nur, warum die SPD nach eigenem Bekunden bereits im Jahr 2000 ein ähnliches Ansinnen gehabt habe, warum die Bürgermeisterin plane professionelle Sicherheitsdienste zum Schutz eigener Gebäude und Schulhöfe einzusetzen und warum dieses Thema in der Bürgerschaft so virulent sei.

Im Übrigen finde er es schade, wenn Herr Dittrich in seiner scheinbaren Hilflosigkeit die in Billerbeck gute Arbeit des IBP in Zweifel ziehe. Zudem sei es ihm unerklärlich, wie er zu dem Begriff „Sheriff“ komme. Wenn er den CDU-Antrag aufmerksam gelesen hätte, wäre ihm vielleicht der Begriff Ordnungspartnerschaft aufgefallen.

Im Übrigen sei dies nur die eine Seite der Medaille Ordnungspartnerschaft. Die zweite und ebenso wichtige Seite sei die Entwicklung alternativer Angebote für die Jugendlichen, um Störungen aus Langeweile zu verhindern. Auch dieses habe er ausgeführt.

Er hoffe, dass losgelöst von irgendwelchen Partei- oder wahlkampfpolitischen Eitelkeiten das Thema „Ordnungspartnerschaft“ gemeinsam aufgegriffen und zielführend diskutiert wird. Aus diesem Grund beantrage er, den Antrag der CDU-Fraktion an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie keine gemeinsame Stellungnahme mit der SPD abgegeben habe.

Herr Nowak stellt fest, dass man sich im Ziel einig sei. Aber die SPD-Fraktion habe sich schon viel früher mit dem Thema Ordnungspartnerschaft beschäftigt und der SPD-Antrag vom 1. Februar 2000 gehe auch viel weiter. Die CDU-Fraktion beantrage, den Aufbau einer Ordnungspartnerschaft zusammen mit dem Ordnungsamt, der Polizei und dem IBP voranzutreiben während die SPD neben dem Ordnungsamt und der Polizei auch eine Zusammenarbeit mit den Schulen, Vereinen und Verbänden für wichtig halte. Wenn die Schulen, Kindergärten und Eltern nicht mit ins Boot geholt würden, werde man nichts erreichen. Er als verantwortlicher Führer von Ordnungspartnerschaften unterscheide zwischen

formellen und nicht formellen Ordnungspartnerschaften. Die Kriminalitätsrate sei in Billerbeck/Rosendahl nach wie vor sehr niedrig. Dennoch habe die SPD-Fraktion das Thema „Sicherheit für den Bürger“ durch den Antrag besetzt, weil es u. a. zu Farbschmierereien und Sachbeschädigungen gekommen sei. Hier spiele auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger eine Rolle, vieles sei objektiv nicht zu belegen. Aufgrund der niedrigen Kriminalitätsrate sei damals eine formelle Ordnungspartnerschaft nicht zustande gekommen. Der Antrag der SPD-Fraktion aufgrund des subjektiven Sicherheitsgefühles des Bürgers kurzfristig einen runden Tisch einzuberufen, um gegen zu steuern, sei einstimmig beschlossen worden. Ebenso einstimmig sei der weitere SPD-Antrag beschlossen worden, an diesem runden Tisch auch über Verkehrsunfälle und deren Verhinderung sowie gefährliche Stellen zu sprechen. Auch über einen Stadtwächter sei 2000 diskutiert worden. Der Antrag der SPD-Fraktion sei nach wie vor aktuell. Die Umsetzung des Antrages sei aber nicht vollständig erfolgt. In den anderen Kommunen werde eine Menge beschlossen und auch geregelt, was Erfolge nach sich ziehe. In Billerbeck sei das anders. Hier werde die Sache vom Kreisjugendamt moderiert, das sei ihm zu dürrftig. Er würde sich wünschen, dass die Angelegenheit zur Chefsache erklärt würde. Anscheinend werde die Angelegenheit von der Verwaltung nicht sehr Ernst genommen. Deshalb sollte beschlossen werden, die Sache Ernst zu nehmen und weitergehender als im CDU-Antrag beschrieben auch interessierte Eltern, die Schulen und Kindergärten einzubeziehen.

Bei einem Stadtwächter handele es sich im Grunde um den verlängerten Arm des Ordnungsamtes. Der Einsatz habe nicht viel gebracht. Für eine wirkungsvolle Arbeit müssten Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt werden.

Auch die Mitarbeiter des IBP seien keine Fachleute, wenngleich sie gute Arbeit leisteten. Er schlage vor, zunächst ein Anforderungsprofil zu erstellen und ohne Vorgaben im Ausschuss zu diskutieren. Nach seiner Meinung sollte das Thema zurückhaltender diskutiert werden, denn damit werde auch Angst geschürt. Die SPD-Fraktion werde nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass nicht nur der CDU-Antrag an den Ausschuss verwiesen wird, sondern beide Anträge zusammengeführt werden.

Herr Dittrich betont, dass er die Arbeit des IBP sehr schätze. Wenn man aber Mitarbeiter für den Bereich Sicherheit einbinden wolle, müsse geprüft werden, ob man es den Kräften überhaupt zumuten könne, dabei müsse auch der Aspekt der eigenen Sicherheit berücksichtigt werden. Außerdem habe man in Billerbeck einen sehr guten und engagierten Bezirksdienst. Man dürfe die Dinge auch nicht hochschaukeln und die Bürger verunsichern. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sei anders als das, was die Kriminalitätshäufigkeitszahlen widerspiegeln. Bzgl. des runden Tisches sei eine stärkere Frequentierung angesprochen worden, die Anregung habe hier aber kein Gehör gefunden. Er appelliere an alle, gemeinsam und in vernünftiger Art und Weise an dem Thema zu arbeiten. Die Interessen der CDU- und SPD-Fraktion seien im Grundsatz gleich.

Herr Schlieker rät, nicht in Aktionismus zu verfallen. Es scheine allen wichtig zu sein, ein fundiertes Konzept zu erstellen. Es müsse geklärt werden, inwiefern IBP-Mitarbeiter eingebunden werden können. Für die Beratung sollte man sich Zeit nehmen.

Frau Mollenhauer verweist auf die umfangreiche Tagesordnung und merkt an, dass die umfangreichen ausführlichen Wortbeiträge heute nicht erforderlich seien. Sie beantragt, über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen zu lassen.

Herr Fehmer hält Herrn Schlieker entgegen, dass es nicht darum gehe in Aktionismus zu verfallen. Es gehe um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger. Herr Althoff sehe durchaus auch die Problematik, dass er nicht jeden Mitarbeiter hierfür einsetzen könne, dass es aber durchaus Personen gebe, die nach Schulungen geeignet seien. Jeder kenne Herrn Althoff und wisse, dass er, wenn er etwas anfasse, dies auch vernünftig mache. Insofern habe er Vertrauen. Und gerade die Dinge, die keine Straftaten seien, führten zu Problemen. Am runden Tisch werde nur gesprochen, das reiche nicht aus, es müsse jemand vor Ort sein. Vor diesem Hintergrund sei der CDU-Antrag zu sehen, der im zuständigen Ausschuss fachlich hinterlegt werden sollte. Er würde es begrüßen, wenn Herr Althoff an der Sitzung teilnehmen würde.

Herr Nowak beantragt, den SPD-Antrag als den weitergehenden anzusehen und die Verwaltung zu beauftragen, den runden Tisch zu aktivieren sowie die Bürgermeisterin aufzufordern, die Angelegenheit zur Chefsache zu erklären. Dann könnte er zustimmen. Wenn aber lediglich der CDU-Antrag verwiesen werden soll, werde er dagegen stimmen, die Gründe hierfür habe er dargelegt.

Herr Fehmer merkt an, dass bei allem Verständnis für das Ansinnen der SPD-Fraktion doch alle an einem Ziel arbeiteten. Der CDU-Antrag sei ausschlaggebend gewesen, dass das Thema wieder aktuell wird. Die konkrete Ausgestaltung der Ordnungspartnerschaft müsse ggf. um die von der SPD-Fraktion genannten Aspekte ergänzt werden.

Herr Nowak verweist auf den Antrag von Frau Mollenhauer, über den CDU-Antrag abstimmen zu lassen und stellt fest, dass er einen weitergehenden Antrag gestellt habe.

Frau Dirks bestätigt, dass der Antrag des Herrn Nowak, die Ordnungspartnerschaft unter Einbeziehung der Schulen, Kindergärten und interessierten Eltern aufzubauen sowie den runden Tisch zu aktivieren weitergehender ist. Sie schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion sowie den von Herrn Nowak formulierten Antrag an den HFA zu verweisen. Diesem Vorschlag wird **einstimmig** zugestimmt.

**29. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 30.11.2008
hier: Geplanter Neubau der K 13n als westliche Entlastungsstraße**

Herr Schlieker begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und beantragt, diesen an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2008 wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

Auf Nachfrage von Herrn Becks, ob denn nicht schon Geld in die Hand genommen wurde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass bisher lediglich für die Antragstellung Kosten entstanden seien.

30. Mitteilungen

30.1. Einmündung Gantweger Straße/Ludgeristraße - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Dittrich, dass im Einmündungsbereich Gantweger Straße/Ludgeristraße eine Gefahrenstelle bestehe und an der Gantweger Straße eine Haltelinie aufgebracht werden sollte und teilt mit, dass für die Autofahrer aus der Gantweger Straße das vorhandene Verkehrszeichen 205 „Vorfahrt gewähren“ gelte. Demnach habe der Autofahrer allen anderen Verkehrsteilnehmern die Vorfahrt zu gewähren.

Die von Herrn Dittrich gewünschte zusätzliche Haltelinie sei nur im Zusammenhang mit dem Verkehrszeichen 206 (Stoppschild) zulässig. Aus Sicht der Verwaltung und der Straßenverkehrsbehörde werde die jetzige Beschilderung als ausreichend angesehen. Eine Unfallhäufung sei an dieser Stelle nicht bekannt.

30.2. Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich des neuen Radweges in Hamern - Herr Messing

Herr Messing teilt zur Anregung des Herrn Pfeiffer, auf einem Teilstück der parallel zum Radweg verlaufenden Straße in Hamern die Geschwindigkeit auf 70 km/h zu reduzieren, mit, dass entsprechend der Anfrage ein Antrag bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde gestellt worden sei. Nach Einholung der Stellungnahmen des Straßenbaulastträgers und der Kreispolizeibehörde sei die Straßenverkehrsbehörde zu dem Ergebnis gelangt, dass es keine Rechtfertigungsgründe für eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung gebe. Die Stellungnahmen der Behörden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt. Geschwindigkeitsbegrenzungen erforderten eine Gefahrenlage, die aufgrund besonderer örtlicher Verhältnisse das Risiko einer Beeinträchtigung für wichtige Schutzgüter erheblich übersteige (Unfallhäufungsstelle). Diese Voraussetzungen lägen hier nicht vor.

30.3. Neuer Mietspiegel - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer kommt auf seine Mitteilung zurück, dass ein neuer Mietspiegel vorliegen würde. Nach Informationen des Kreises Coesfeld müsse diese Aussage revidiert werden, weil für Billerbeck keine komplette Neuerhebung, sondern eine Fortschreibung entsprechend des Verbraucherindex erfolgt sei. Als Folge sei eine Erhöhung von 5% eingetreten. In den meisten Kommunen seien die Mieten aber um ca. 4% gesunken, lediglich in Havixbeck sei eine minimale Erhöhung verzeichnet worden. Daraufhin habe man sich darauf verständigt, den Mietspiegel für Billerbeck unverändert fortzuschreiben.

31. Anfragen

31.1. Einladung zur Verbandsversammlung Musikschule - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring kritisiert, dass die nächste Verbandsversammlung der Musikschule Coesfeld, Billerbeck, Rosendahl am 22. Dezember 2008 in den Weihnachtsferien stattfinden soll. Bisher habe man sich darauf verlassen können, dass in den Ferien keine Sitzungen stattfänden. Herr Dr. Meyring fragt kritisch nach, aus welchem Grund dieser Termin so festgelegt worden sei.

Frau Dirks teilt mit, dass sie sich beim Verbandsvorsteher erkundigen müsse.

Herr Nowak fragt nach, ob denn die Bürgermeisterin nicht mehr Vorsitzende der Musikschule sei.

Das bestätigt Frau Dirks mit dem Hinweis, dass die Terminabstimmung vom Verbandsvorsteher mit ihrem Sekretariat vorgenommen werde.

Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Dr. Meyring, warum die Sitzung so terminiert wurde, wiederholt Frau Dirks, dass sie die Antwort nachreichen werde. Die Sitzung werde aber stattfinden.

31.2. Schülertransport nach Havixbeck - Frau Schulze Wierling

Frau Schulze Wierling bezieht sich auf die Sitzungen des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses sowie des Schul- und Sportausschusses, in denen der Schülertransport nach Havixbeck Thema gewesen ist und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Messing teilt mit, dass er Kontakt mit der Westfalen Bus aufgenom-

men habe, um die Angelegenheit zu besprechen. Er warte nun darauf, dass sich der zuständige Mitarbeiter bei ihm meldet.
Frau Dirks ergänzt, dass die Verwaltung den Auftrag habe, das Thema in der nächsten Sitzung aufzuarbeiten.

31.3. Bauarbeiten am Bahnhof - Herr Becks

Herr Becks führt an, dass am Bahnhof Bauarbeiten stattgefunden haben und fragt nach, ob die Verwaltung über den Hintergrund informiert sei. Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Verwaltung nicht informiert wurde. Offensichtlich sei die neue Querungshilfe erstellt worden, eigentlich werde aber auf die Erhöhung des Bahnsteiges gewartet.

Herr Becks bestätigt, dass die neue Querungshilfe gebaut, aber nicht der Bahnsteig erhöht wurde. Er bitte die Verwaltung, Erkundigungen einzuholen und im Ausschuss zu berichten.

32. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Lasny führt an, dass er sehr darüber irritiert sei, dass die Hähnchenmastställe ohne Filteranlagen errichtet werden dürfen. Das stärke nicht sein Vertrauen in die derzeitige Entwicklung. Er verstehe nicht, warum die Ratsmitglieder so einfach nach Gesetzeslage entscheiden und nicht nach dem aktuellen Stand der Technik. Er fühle sich von den Ratsmitgliedern nicht vertreten.

Frau Dirks verweist auf die beim Kreis Coesfeld stattgefundenene Fachtagung zu diesem Thema, bei der auf den Unterschied zwischen der Rechtslage in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eingegangen wurde. In Niedersachsen müssten aufgrund anderer Grundlagen Filteranlagen eingebaut werden.

Herr Lasny versteht nicht, warum kein Austausch zwischen den Bundesländern erfolgt.

Frau Dirks weist Herrn Lasny darauf hin, dass sie hier in Billerbeck keinen Einfluss auf die unterschiedlichen Gesetzesgrundlagen nehmen könnten. Hier seien die Landtagsabgeordneten gefragt.

Herr Lasny befragt Frau Dirks, ob sie ein entsprechendes Vorgehen über die Landtagsabgeordneten unterstützen würde.

Frau Dirks weist darauf hin, dass ihr anfangs nicht bekannt gewesen sei, dass es unterschiedliche Gesetzesregelungen gebe. Selbstverständlich werde sie das Thema ansprechen.

Herr Lasny fragt nach, wie sich die Fa. Suwelack zu der Thematik Hähnchenmastställe und der damit verbundenen Luftverunreinigung stelle.

Zu diesem Thema seien ihr keine Äußerungen seitens der Fa. Suwelack bekannt, so Frau Dirks.

Herr Lasny möchte wissen, warum sich die Fa. Suwelack nicht äußere, der Betrieb sei doch technisch hoch ausgerüstet, es könnten doch Erfahrungen ausgetauscht werden.

Frau Dirks weist Herrn Lasny darauf hin, dass sich diese Frage nicht direkt auf eine Angelegenheit der Stadt beziehe. Seitens der Stadt Billerbeck sei über das gemeindliche Einvernehmen zu entscheiden. Die Fachbehörden hätten inzwischen gelernt, dass die Kommunen nicht nur nach städtebaulichen Gesichtspunkten prüfen können, sondern auch andere Belange in Betracht kommen. Das habe man bislang nicht gemacht, werde es aber in Zukunft tun.

Herr Fehmer nutzt die Gelegenheit, den Ratsmitgliedern und allen Mitarbeitern der Verwaltung sowie der Bürgermeisterin Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen. Er wünsche allen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und hoffe auf eine gedeihliche Zusammenarbeit in 2009.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin